



Haushalts- und Finanzausschuss

107. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:20 Uhr bis 11:45 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes (LRKG), der Trennungentschädigungsverordnung (TEVO) sowie zur Verlängerung der Befristung des Landesumzugskostengesetzes (LUKG) 3**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9739

Vorlage 14/2889

Zuschrift 14/1868

Der Ausschuss erörtert das Beratungsverfahren und vereinbart, den kommunalen Spitzenverbänden in der nachfolgenden Anhörung zum Haushaltsentwurf 2010 Gelegenheit zu geben, zu diesem Gesetzentwurf noch ergänzend mündlich Stellung zu nehmen.

Die abschließende Beratung soll in der nächsten Ausschusssitzung, am 12. November 2009, erfolgen.

2 Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2009/2010 sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9395

Vorlage 14/2919

Stellungnahmen 14/2794, 14/2802, 14/2804, 14/2810, 14/2811, 14/2812,
14/2818, 14/2819 und 14/2821

Ausschussprotokoll 14/943 (Anhörung im Unterausschuss „Personal“)

Nach kurzer abschließender Beratung **empfiehlt** der Ausschuss – vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des Innenausschusses – mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/9395** unverändert **anzunehmen**.

Berichtersteller: Ewald Groth (GRÜNE)

3 Verschiedenes 9

hier: **Beratungskosten im Zusammenhang mit der WestLB**

Vorlage 14/2922

* * *

2 Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2009/2010 sowie zur Änderung und Aufhebung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9395

Vorlage 14/2919

Stellungnahmen 14/2794, 14/2802, 14/2804, 14/2810, 14/2811, 14/2812, 14/2818, 14/2819 und 14/2821

Ausschussprotokoll 14/943 (Anhörung im Unterausschuss „Personal“)

(Wortprotokoll auf Bitte von Ewald Groth [GRÜNE])

Vorsitzende Anke Brunn: Dieser Gesetzentwurf wurde uns am 25. Juni 2009 überwiesen – an uns federführend und den Innenausschuss zur Mitberatung. An den Unterausschuss „Personal“ ist am 3. September der Auftrag zur Durchführung einer öffentlichen Anhörung ergangen. Sie hat am 15. September stattgefunden. Das Beratungsergebnis ist Ihnen mit Vorlage 14/2919 zugegangen.

Jetzt ergibt sich noch folgendes Verfahrensproblem: Der mitberatende Innenausschuss hat sein Votum noch nicht abgegeben, da die heutige Sitzung des Innenausschusses erst um 13:30 Uhr beginnt. Deshalb schlage ich Ihnen dazu vor, dass wir den Gesetzentwurf heute vorbehaltlich des Votums des Innenausschusses abschließend beraten. Ich habe den Innenausschussvorsitzenden darüber informiert, dass wir das vorhaben. Er hat dazu keine Bedenken geäußert.

Der Unterausschuss „Personal“ hat im Übrigen mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen empfohlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Gibt es Wortmeldungen zur Sache? – Kollege Groth und Kollege Trampe-Brinkmann.

Ewald Groth (GRÜNE): Zu der Beschlussfassung „vorbehaltlich des Votums des Innenausschusses“ müsste man ja eigentlich fragen: Was machen wir denn, wenn der Innenausschuss so oder so votiert? Welche Auswirkungen hat das auf das weitere Verfahren?

Vorsitzende Anke Brunn: Herr Kollege, das könnte im Plenum korrigiert werden. Das würde in den Bericht aufgenommen und im Plenum korrigiert, wenn es notwendig wäre.

Ewald Groth (GRÜNE): Gut. – Entgegen dem Votum des Unterausschusses „Personal“ und nach intensiver Auswertung der Anhörung bleibt es für Bündnis 90/Die

Grünen dabei: Es handelt sich wieder um einen Wortbruch der Koalition und der Regierung. Wir sind mit dieser Erhöhung so nicht einverstanden. Das heißt nicht, dass wir keine Erhöhung wollen, sondern wir wollen, dass tatsächlich 1:1 umgesetzt wird und dass man endlich zu einer soliden und vernünftigen Bezahlung der Menschen, die im Dienste des Landes stehen, und der Versorgungsempfänger zurückkommt. Deshalb werden wir diesem Gesetzentwurf heute nicht zustimmen.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD): Die Hoffnung stirbt zuletzt – nach dem Prinzip hat Ewald Groth, glaube ich, gerade ein Stück weit argumentiert, dass der Innenausschuss sich heute vielleicht noch anders positionieren könnte. Allein mir fehlt der Glaube, dass dies passieren wird.

Von daher kann ich nur noch zu dem Verfahren und zu dem Ergebnis der Anhörung, die wir natürlich auch intensiv ausgewertet haben, sagen, dass ich im Landtag selten eine Anhörung erlebt habe, die in ihrer Stellungnahme über alle Vertreter und Experten hinweg so eindeutig war. Es wurde gefordert, das Tarifergebnis wirklich 1:1 umzusetzen und die Erhöhung der Sockelbeträge und der monatlichen Beträge um 20 € wirklich vorzunehmen.

Ich kann nur noch einmal an die Regierungsfractionen appellieren, dies heute zu heilen – so, wie das in fast allen anderen Bundesländern, auch denen unter Ihrer Regierungsverantwortung, vollzogen wird. Sie könnten sich heute den Kredit, den Sie mittlerweile bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verloren haben, ein Stück weit zurückerobern. – Ihrem Vorschlag, so wie er jetzt vorliegt, werden wir nicht zustimmen können.

Christian Weisbrich (CDU): In der Anhörung war es so, dass zunächst der Vorwurf des Wortbruchs vorgetragen wurde. Davon sind die Gewerkschaftsvertreter abgerückt, weil sie eingesehen haben: Es liegt kein Wortbruch der Landesregierung vor.

(Gisela Walsken [SPD]: Wo sind die abgerückt? Zitieren Sie mal!)

– Ich habe hier eine Unterlage des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Da ist zunächst von Wortbruch gesprochen worden. Am Ende hat sich herausgestellt: Man ist nicht damit einverstanden, dass nicht Elemente nachgeholt werden, auf die man spekuliert hatte.

Also: Es ist 1:1 umgesetzt worden. Niemand in der Landesregierung hat versprochen, dass frühere – ich sage es einmal so – Zumutungen gegenüber der Beamtenschaft im Rahmen dieser Besoldungsanpassung korrigiert werden.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Herr Rüttgers stand dabei in der ersten Reihe!)

Damit ist die Sache für uns erledigt. Es ist 1:1 umgesetzt. Es liegt kein Wortbruch vor. Wir stimmen diesem Entwurf der Landesregierung zu.

Vorsitzende Anke Brunn: Herzlichen Dank. Weitere Wortmeldungen habe ich nicht.

Damit komme ich zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Wer dem **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/9395** vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des mitberatenden Innenausschusses seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen so **beschlossen**.

Jetzt müssen wir noch jemanden zum Berichterstatter benennen. – Kollege Groth, ich schlage vor, wir benennen Sie zum Berichterstatter. Zweitens haben Sie sich noch zu Wort gemeldet. Wollen Sie noch eine persönliche Erklärung oder eine Erklärung zur Sache abgeben?

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Vorsitzende, wir beantragen, über den letzten Tagesordnungspunkt ein wörtliches Protokoll zu erstellen, weil wir vorhaben, das im Lande zu verbreiten. Es kann nicht sein und es ist unglaublich, wie hier mit den Realitäten umgegangen wird. Ich meine, das muss man denjenigen, die zur Anhörung hier gewesen sind, noch einmal zur Kenntnis geben, wie hier mit den Anhörungsergebnissen umgegangen wird. Wir werden das an alle diejenigen, die hier zur Anhörung eingeladen gewesen sind, verschicken.

Vorsitzende Anke Brunn: Die Bitte ist angekommen. – Herzlichen Dank.

